

# »Das Feindbild der linken Rattenfänger ist heute die Wirtschaft«

(Hans-Olaf Henkel)

Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel befürchtet DDR-ähnliche Verhältnisse in Deutschland und fordert deshalb das Mehrheitswahlrecht

**Deutschland befinde sich in einem abenteuerlichen Rutsch nach links. So Ihr Credo, das Sie auch in Ihrem jüngsten Buch *Der Kampf um die Mitte* in den Vordergrund Ihrer Betrachtungen rücken. Wollen Sie Ihre Aussage nur auf die ausgewiesenen Linksparteien bezogen wissen oder aber auch auf die Parteien, die die Mitte für sich reklamieren, also CDU, CSU und FDP?**

Die FDP möchte ich ausdrücklich ausgenommen wissen. Sie steht konsequent zu ihrem freiheitlich orientierten Parteiprogramm. Bei den anderen Parteien ist der Linksruck eindeutig. So hat der SPD-Parteivorsitzende Beck den Begriff des demokratischen Sozialismus wieder neu belebt, was zeigt, dass Oskar Lafontaine mit Erfolg die SPD vor sich hergetrieben hat. Auch bei der CDU ist der Linksruck unübersehbar. Die Partei schmückt sich mit dem „Arbeiterführer aus Nordrhein-Westfalen“ Jürgen Rüttgers. Der CSU-Politiker Seehofer lässt keine Gelegenheit aus, links-populistisches Gedankgut zu predigen. Und der Linksruck bei den Grünen kann mit Fug und Recht als dramatisch bezeichnet werden, weil diese Partei noch nie so zentralistisch und so staatsgläubig aufgestellt war wie heute. Nicht umsonst hat Oswald Metzger die Grünen verlassen. Der Linksruck innerhalb der Parteienlandschaft kann an einem ganz aktuellen Beispiel festgemacht werden: In ihrer siebenjährigen Regierungszeit hat Rot-Grün über alles Mögliche diskutiert, aber nie über den Mindestlohn, der jetzt durch die Große Koalition bei der Post eingeführt wurde und wohl demnächst auch bei den Zeit- und Leiharbeitsfirmen eingeführt wird. Was mich besonders betrübt, ist die Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Im Gegensatz zu ihren früheren Aussagen verteidigt sie inzwischen faule Kompromisse mit großer Inbrunst.

**Die SED ist heute überall, schreiben Sie. So wie die 68er erfolgreich den Marsch durch die Institutionen abgeschlossen hätten, mache sich die Linke auf einen langen Marsch durch die demokratischen Prozesse. Ist das der Preis der Wiedervereinigung?**

Unter anderem, obwohl das in dieser Form nicht vorhersehbar war. Ich hätte nie gedacht, dass es die SED unter ihrem neuen Namen „Die Linke“ einmal in Westdeutschland schaffen würde, jemals die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Für mich ist das niederschmetternd und beunruhigend. Ich war bisher immer der Meinung, die Deutschen hätten vom Sozialismus die Nase voll. Nachdem was wir heute erleben, kann ich mir durchaus vorstellen, dass wir DDR-ähnliche Verhältnisse in Gesamtdeutschland wiederbekommen. Und das durch demokratische Wahlen.



*Professor Dr. Hans-Olaf Henkel war von 1995 bis 2000 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Geboren wurde Henkel 1940 in Hamburg. Heute berät der ehemalige IBM-Manager unter anderem die Bank of America, das größte Kreditinstitut der USA, und ist Vorsitzender der Initiative „Konvent für Deutschland“. Er veröffentlichte bereits etliche Bücher; jüngst erschien „Der Kampf um die Mitte. Mein Bekenntnis zum Bürgertum“. das das Panorama der Erosion freiheitlicher Positionen in Deutschland erschreckend vor Augen führt. Mit Hans Olaf Henkel sprach Joachim Schäfer.*

**Also sitzt Erich Honecker auf Wolke sieben und lacht sich ins Fäustchen.**

Ich glaube eher, dass er in der Höhle schmort.

**In dem Kapitel „Die Abschaffung des Bürgertums“ warnen Sie vor einer politischen Richtung, die danach trachte, das unternehmerische Bürgertum – also die mittelständischen Unternehmer – abzuschaffen. Können Sie Ihre Überlegungen an einem Beispiel festmachen?**

Die Diskussion um die Managergehälter, die teilweise berechtigt ist, wird immer gern dazu benutzt, um den Menschen einzureden, der Wirtschaft ginge es zu gut. Doch das stimmt oft gar nicht, wie man leicht an den Insolvenzen im Bereich des selbstständigen Mittelstandes ablesen kann. Auch in diesem Jahr werden rund 28 000 Betriebe aufgeben müssen. Das liegt vor allem an der geringen Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes, die mit 17 Prozent im Westen und mit 10 Prozent im Osten Deutschlands so niedrig ist, wie nie zuvor. Das heißt, dass 83 beziehungsweise 90 Prozent des Kapitals eines mittelständischen Unternehmens fremdfinanziert sind, weil der Unternehmer in Deutschland keine Möglichkeit bekommt, genügend Kapital zu bilden, um die Eigenkapitalquote dem internationalen Vergleich anzupassen.

**Vor allem durch die Hohepriester der Political Correctness sehen Sie unsere Gesellschaftsordnung gefährdet und machen dies an markanten Beispielen deutlich. Sie äußern den Verdacht, dass die Renaissance des Nazischuldkomplexes mehr auf das Konto deutscher als ausländischer Politiker geht. Sie sprechen von der staatlichen Kultivierung der Holocaust-Erinnerung. Sie sprechen von Tugend-Terroristen, die ihre Allmacht aus dem Paradox beziehen und Sie konstatieren, dass in Deutschland heute Denkverbote herrschen, die durch den Terror der Tugend durchgesetzt werden. Stellt sich die Frage: Wann steht Hans-Olaf Henkel am Pranger der Tugendwächter?**

Da stehe ich öfter. Lesen Sie nur die gehässigen Kommentare über mich, die im Internet kursieren, oder die Rezension meines vorletzten Buches „Die Kraft des Neubeginns“ im „Stern“ zu meiner Aussage über die Erbsünde, also über die Nazivergangenheit. Dass ich in Talkshows oder bei Podiumsdiskussionen für meine Aussagen keinen Beifall sondern überwiegend Unmutsbezeugungen bekomme, behindert und beeinflusst mich nicht. Im Gegenteil: Wenn man zur Quelle will, muss man gegen den Strom schwimmen.

**Sie nennen als weiteres Indiz für den von Ihnen ausgemachten Linksruck die gesellschaftliche Blindheit gegenüber Linksex-**



## Mit dem Mut der Vernunft

*„Unsere Politiker setzen sich leidenschaftlich für den ‚kleinen Mann‘ ein. Wo Bürger war, soll nun ‚kleiner Mann‘ sein. Man redet den Menschen so lange ihre Schwäche und Hilfsbedürftigkeit ein, bis sie es glauben. Dann preist man ihnen die Vorzüge des starken, vorsorgenden Staates. So redet man die Menschen schwach, um den Staat stark zu machen.“*

## tremisten und die Instrumentalisierung des Rechtsextremismus.

Da sind zum Beispiel die Kriminalitätsstatistiken, die aus politischer Korrektheit mehr verschleiern als offenlegen. So werden die Straftaten der Neonazis mit 12 238 in der Kriminalitätsstatistik 2006 angegeben, obwohl es sich in 8 783 Fällen um sogenannte Propagandadelikte handelt. Schwere Delikte, wie Körperverletzungen, betragen gerade einmal 726 – eine Zahl, die weit unter der der linksextremistischen Gewalttaten liegt. Gleichwohl wird in der veröffentlichten Meinung die ganze Sache so dargestellt, als beherrschten inzwischen wilde SA-Horden unsere Straßen. Dagegen tauchen die extremen Gewalttaten der Linken in den Medien kaum auf. Denken Sie an die Gewalttätigkeiten am Rande der G8-Konferenz in Heiligendamm. Da hat die gesamte deutsche Medienlandschaft immer nur verharmlosend von „Autonomen“ oder „Chaoten“ oder vom „schwarzen Block“ gesprochen. In Berlin wurden allein im Jahr 2007 exakt 113 Luxuslimousinen abgefackelt, wobei die Polizei nicht einen einzigen Täter dingfest machen konnte, obwohl durch die Bekenner-symbole und Bekennerschreiben eindeutig ist, dass es sich hier um linksextremistische Straftaten handelt. Aber auch dies greift die Presse nicht auf. In Deutschland wird nur die Bedrohung von rechts wahrgenommen, die Bedrohung von links bewusst nicht wahrgenommen. Wer hier darüber redet, bricht ein Tabu. Ich nehme mir trotzdem die Freiheit heraus, dies zu thematisieren. Was mich vor allem aufregt, ist der sogenannte „Kampf gegen rechts“. Würde dieser Kampf als einer gegen Rechtsradikale bezeichnet, fände dieser meine volle Unterstützung. Aber mit einem „Kampf gegen rechts“ richtet man sich nicht nur gegen Rechtsradikale sondern auch gegen das Bürgertum in Deutschland. Und dass dieser „Kampf“ vielfach sogar vom Steuerzahler subventioniert wird, schlägt dem Fass den Boden aus.

## Konvent für Deutschland

**Sie sprechen in dem Kapitel „Die Gewinner der Zukunft“ von der religiösen Intoleranz des Islams und werfen den europäischen Regierungen vor, sich gegenüber dieser religiösen Intoleranz gegenseitig in Toleranz zu überbieten. Geben Sie denen Recht, die vor einer Islamisierung Europas warnen?**

Der Islam verträgt sich nicht mit dem Dreieck Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft. Der Islam versündigt sich gegen die Menschenrechte. In Nigeria werden Ehebrecherinnen gesteinigt und in Saudi Arabien dürfen Frauen nicht hinter dem Steuer eines Autos sitzen. Insofern sind große Teile der islamischen Kultur und des Islam an sich nicht zu akzeptieren – weder in Berlin-Kreuzberg noch irgendwo anders in der Europäischen Union. Allerdings sehe ich

innerhalb Deutschlands bei den meisten Politikern – außer bei den Grünen – ein Umdenken in dieser Frage. Die Menschenrechtsverletzungen, begangen von muslimischen Männern an ihren Frauen, sind inzwischen auch in den Massenmedien ein Thema. Insofern ist der Deckmantel der kulturellen Toleranz inzwischen etwas gelüftet worden.

**Sie waren immer ein Verfechter des türkischen EU-Beitritts. Befürworten Sie diesen auch heute noch – auch mit Blick auf die Politik des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan und den offensichtlichen wachsenden Islamismus in der Türkei?**

Ich kenne mich in der Türkei gut aus und weiß, dass das Land über eine fantastische Elite verfügt. Eine Elite, die allerdings hier in Deutschland nicht zu finden ist. In der Türkei gibt es eine hochgebildete, intelligente und laizistische Bürgerschicht. Ich empfehle jedem, einmal für eine Woche nach Istanbul zu fliegen, um dort Eindrücke zu sammeln. Diese werden sich mit Sicherheit positiv von denen abheben, die man ansonsten bei einem Spaziergang durch Berlin-Kreuzberg gewinnt. Gleichwohl bin ich in letzter Zeit etwas skeptischer geworden, wenn es um den türkischen EU-Beitritt geht. Nach dem Auftritt von Ministerpräsident Erdogan in Köln bin ich ins Grübeln gekommen. Hierzu hat auch mein jüngster Besuch in der türkischen Provinz beigetragen. In Trabzon habe ich mit einem gewissen Erschrecken immer mehr Frauen mit Kopftüchern gesehen, was eindeutig für eine zunehmende Islamisierung der Türkei spricht. Insofern mache ich mir jetzt Gedanken darüber, ob das türkische Experiment gelingt, als bisher einziges der 54 islamischen Ländern Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft einzuführen.

**In Ihrem Buch nehmen Sie immer wieder Bezug auf den bedeutenden Philosophen Karl Jaspers, der für Deutschland eine**

Der auf ehrenamtlicher Initiative basierende „Konvent für Deutschland“ hat sich zum Ziel gesetzt, Vorschläge zur Verbesserung der Reformfähigkeit in Deutschland zu unterbreiten. Hierbei geht es dem Konvent nicht um einzelne Reformen, wie die Arbeitsmarktreform oder andere. Ihm geht es um eine grundlegende Reform, nämlich um die schon seit langem so benannte „Reform der Reformfähigkeit“. Die Initiatoren wollen „fließende und kräftige Ströme von leistungsfähigen Wettbewerbern, dynamischen Prozessen und zukunftsfähigen Ideen inner- und außerhalb des Landes hervorbringen“.

Die Mitglieder des „Konvents für Deutschland“ bekleiden hohe öffentliche Ämter. Gerade deshalb besitzen sie einen Schatz an Erfahrung, der reichhaltiger, problemorientierter und ergebnisbringender ist, als der vieler auf mehreren Gebieten unerfahrener Politiker. Neben Hans-Olaf Henkel gehören zum Konventkreis Bundespräsident a.D. Roman Herzog, Klaus von Dohnanyi, Otto Graf Lambsdorff, Oswald Metzger, Wolfgang Clement, Rupert Scholz und Manfred Pohl – um die wichtigsten Namen zu nennen.

Die Arbeit des Konvents wird durch eine breite Anzahl von Firmen finanziell getragen und gefördert. Für diese Firmen, die ausdrücklich auf jede Publizität ihrer Unterstützung verzichten, ist die Neutralität des Konvents bestimmend. ■

**Demokratie prognostizierte, die sich selbst zerstört, weil die Staatsführung in Händen der Parteienoligarchie liegt. Sehen Sie die dunklen Wolken einer Diktatur über Deutschland aufziehen? Werden die Protagonisten der politischen Korrektheit ihre Meinungsdictatur weiter ausbauen? Kann der Kampf um die Mitte, der zentralistisch verloren ist, föderalistisch noch gewonnen werden, oder wird Karl Jaspers' Vorausschau künftig das Leben in diesem Land bestimmen?**

Ich schließe inzwischen nichts mehr aus. Blicken Sie nach Lateinamerika, wo Hugo Chávez die Fackel des Sozialismus aus Kuba in den Rest Lateinamerikas tragen will. Fast wäre es ihm ja auch gelungen, Venezuela von einer Demokratie in eine Diktatur zu verwandeln. Das hat das venezolanische Volk

eben noch mit einer knappen Mehrheit verhindert. Vergessen wir nicht, dass auch Hitler legal an die Macht gekommen ist. Ich gehe nicht mehr davon aus, dass es in Zukunft unmöglich ist, dass auch in Deutschland wieder ein populistischer Rattenfänger alles verspricht, ein neues Feindbild aufbaut und an die Macht kommt. Das Feindbild der linken Rattenfänger in Deutschland ist heute die Wirtschaft. Und viele Begriffe, die die Linken benutzen, erinnern mich fatalerweise an die Terminologie der dreißiger Jahre. Man braucht nur das Adjektiv „jüdisch“ auszulassen. Da ist vom „unverantwortlichen Großkapital“ die Rede, SPD-Benneter redet vom „Abschaum“ bei den deutschen Managern, sein Parteifreund Heil von den „neuen Asozialen“ und Finanzminister Steinbrück verunglimpfte den IFO-Chef Sinn als „Professor Unsinn“, Arbeitsminister Scholz reagierte auf die Kritik von Wirtschaftswissenschaftlern am Mindestlohn mit „professoralem Unsinn“. Mir kommt die sprachliche Arroganz gegenüber Vertretern der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Elite von heute irgendwie bekannt vor. Historiker weisen nicht zu Unrecht darauf hin: Auch Nazis waren Sozis, wie auch der Name „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ schon sagt. Um so wichtiger ist es, im Bund hessische Verhältnisse zu verhindern. Dazu gehört für mich auch eine Änderung des Wahlrechtes. Wir müssen dem Bürger die Möglichkeit geben, mit seiner Zweitstimme unter einer Vielzahl von Kandidaten selbst auszuwählen, wem er sein Vertrauen gibt. Und wir müssen darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll sein kann, auch in Deutschland das Mehrheitswahlrecht einzuführen. Dann nämlich wäre es ausgeschlossen, dass bei unseren Koalitionen der Schwanz immer wieder mit dem Hund wedelt. Hätten wir das Mehrheitswahlrecht, dann gäbe es keine lähmende Große Koalition. Vorbild könnte das französische Modell sein, das den Vorteil der Stabilität und der größeren Volksnähe hat, ohne dass die Parteienvielfalt darunter leidet. ■